

ZUR SACHE

Der «Putin»
des Klimawandels

Trotz Widerstands der australischen Gastgeber haben die Teilnehmer am G-20-Gipfel in Brisbane Tempo beim Klimaschutz gemacht.

Wladimir Putin war wegen seiner Ukraine-Politik der Aussenseiter unter der in Brisbane versammelten politischen Elite. Beim Klimagipfel im nächsten Jahr in Paris könnte diese Rolle dem australischen Premierminister Tony Abbott zufallen. Die Weichen für einen neuen Klimaschutzvertrag sind gestellt. Die USA und China haben sich letzte Woche unerwartet auf Emissionsreduktionen geeinigt, das Klima für Massnahmen gegen die globale Bedrohung änderte sich damit schlagartig. Und in Brisbane doppelte Barack Obama nach: Er sprach von seiner Liebe zum sterbenden Barrier-Riff, von Bränden und Überflutungen und davon, dass jedes Land seinen Beitrag zum Kampf gegen Klimawandel leisten müsse.

Die Rede war ein Schlag ins Gesicht des Gastgeberlandes Australien, eines der grössten Klimasünder der Welt. Das Land ist pro Kopf einer der bedeutendsten Emittenten von Klimagasen und trägt als weltgrösster Exporteur von Kohle indirekt massgeblich zur Erwärmung bei. Obamas Kritik galt vor allem Abbott, einem bekennenden Klimawandelskeptiker, einem Mann, der Klimawandelwissenschaften als «Scheisse» bezeichnet hatte. Eben schaffte er ein Klimaschutzgesetz wieder ab. Der Gewinner solchen Wahnsinns ist die Kohleindustrie. In Abbott hat sie den perfekten Statthalter. Seine Behauptung in Brisbane, Australien habe «schon immer an Klimawandel geglaubt», ist so lächerlich und unglaubwürdig wie die farbmanipulierten Bilder von Fischen und Korallen in den Hochglanzbrochüren, mit denen Australien in Brisbane ausländische Journalisten davon überzeugen wollte, es sei doch alles gut mit dem Barrier-Riff.

Urs Wälterlin
ausland@tagblatt.ch

PRESSESCHAU

Die Schweiz gewinnt gegen Litauen 4:0.

NZZamSonntag An diesem rauschenden Samstagabend stellte sich das ein, was man sich nach der Ära Ottmar Hitzfeld versprochen hatte: eine Partie, die das Vertrauen in den neuen Coach Vladimir Petkovic rechtfertigte, in seine Ambitionen von einem offensiven und dominanten Fussball, in seine Selbstsicherheit, die er auch aufs Team zu übertragen versucht. Es ist ein neues Naturell, das Petkovic den Schweizer Fussballern eingehaucht hat: Fussball muss für ihn zwingend ansehnlich sein. Lust wolle er bei seiner Equipe ausmachen, sagte er vor dieser Begegnung mit Litauen.

SonntagsZeitung Als das 1:0 endlich gefallen war, als diese gelbe litauische Abwehrmauer durchbrochen war, da war leicht vorstellbar, welch hoher Sieg möglich gewesen wäre, wenn die Schweizer nicht so lange die Schwäche von den Partien gegen England und in Slowenien mitgetragen hätten. Sie haben die Aufgabe so erledigt, dass sich die Frage stellt: Ist es wirklich möglich, dass sie in dieser Qualifikationsgruppe scheitern und nicht einen der ersten beiden Plätze belegen? Und die Antwort? Eigentlich nicht.

TAGBLATT

Leitung Regionalmedien: Jürg Weber

Chefredaktion: Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Lüchinger (stv. Chefredaktor; Leitung Ostschweiz am Sonntag); Bruno Scheible (stv. Chefredaktor; Regionalleiter); Jürg Ackermann (Blattmacher); Sarah Gerteis (Leitung Online-Redaktion)
Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thurgauer Zeitung); Daniel Wirth (dwi, Leitung St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer (Dienstchef)

Verlag und Druck:
St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122
Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88

Leitung Marketing und Verlag: Christine Bolt

Verbreitete Auflage: WEMF 2014 128569 Ex.

Inserate: Publicitas AG, Fürstenlandstrasse 122, 9001 St. Gallen. Tel. 071 221 00 21, Fax 071 221 03 30
www.publicitas.ch - E-Mail: tagblatt@publicitas.ch
Urs Bucher, Leitung Werbemarkt



Unterschiedliche Ansichten zum Klimaschutz: US-Präsident Barack Obama und Australiens Premierminister Tony Abbott am Sonntag in Brisbane.

Weltkonjunktur ankurbeln

Der G-20-Gipfel in Australien endete am Sonntag ohne grosse Überraschungen. Das globale Wirtschaftswachstum soll bis ins Jahr 2018 um 2,1 Prozent gesteigert werden.

URS WÄLTERLIN/BRISBANE

Der anhaltende Konflikt in der Ukraine überschattete das Treffen in Brisbane. Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin schlug von verschiedenen Premierministern und Präsidenten heftige Kritik an der Rolle Russlands entgegen. Zuerst auf der Traktandenliste standen aber das globale Wachstum der Wirtschaft und die Bekämpfung von Steuerflucht und Gewinnverschiebung durch internationale Konzerne.

Wie die Staats- und Regierungschefs am Sonntag in einem Abschlusscommuniqué erklärten, sollen in den kommenden fünf Jahren mit über 800 verschiedenen Reformmassnahmen ein zusätzliches Wachstum des internationalen

Bruttoinlandsproduktes von mehr als zwei Billionen Dollar (1,6 Billionen Euro) erreicht und Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Laut dem australischen Premierminister Tony Abbott, dem Gastgeber der Konferenz, soll der Bau von Infrastrukturanlagen beim erhofften Aufschwung eine wesentliche Rolle spielen.

Für mehr erwerbstätige Frauen

Der Internationale Währungsfonds werde die Massnahmen der einzelnen G-20-Staaten regelmässig bewerten und die Ergebnisse an G-20 weiterleiten, sagte IWF-Chefin Christine Lagarde. Sie begrüsst Pläne, nach denen bis zu 100 Millionen Frauen der Einstieg in die bezahlte Berufstätigkeit ermöglicht werden soll.

Die G-20-Länder wollen auch künftig verhindern, dass global tätige Firmen Steuerflucht begehen. Unternehmen wie Google und Amazon wurde jüngst vorgeworfen, Gewinne intern von einem Land ins andere zu transferieren, sie dadurch künstlich zu reduzieren und im Land mit dem niedrigsten Steuersatz zu versteuern. In Zukunft sollen Unternehmen Gewinne im Land versteuern müssen, in dem sie erzielt wurden, so die Einigung im Schlusspapier.

Eine überraschend prominente Stellung nahm am Gipfel das Thema Klimawandel ein, nachdem der Gastgeber Australien im Vorfeld versucht hatte, es von der Traktandenliste zu verbannen. Premierminister Tony Abbott hatte während der Konferenz gesagt, Australien werde an seiner

Rolle als führender Exporteur von Kohle festhalten.

Obama kritisiert Australien

In seiner Rede vor Studenten in Brisbane griff der amerikanische Präsident Barack Obama die klimaskeptische Haltung der Abbott-Regierung indirekt an. Jedes Land habe die Verantwortung, seinen Teil beizutragen, sagte Obama vor dem Hintergrund der Weigerung Australiens, glaubwürdige Massnahmen zum Schutz des Klimas einzuführen.

Vergangene Woche hatten sich China und die Vereinigten Staaten überraschend auf Emissionsziele geeinigt. In der Schlusserklärung in Brisbane blieb es dann allerdings bei relativ unverbindlichen Formulierungen.

PODIUM

Die reale Welt des Klimawandels

Markus Schär bemängelte in seinem Artikel «Die Klimaforschung lässt keinen Platz für Zweifler» vom 12. November die Einseitigkeit Thomas Stockers und des Weltklimarates IPCC zugunsten des anthropogenen Klimawandels. Schärs Argumentation vermischt sozial- und naturwissenschaftliche Grundsätze, missinterpretiert die Rolle beratender Wissenschaftler, und übersieht dabei eine Realität, welche die Lebensgrundlage vieler Pazifikinsulaner bereits jetzt herausfordert.

Karl Poppers Idee, dass Wahrheiten nicht immerwährend, sondern immer nur vorläufig sind, wurde spezifisch für die Sozialwissenschaft formuliert. Die Naturwissenschaft kommuniziert ihre Erkenntnisse als Fakten.

Zwischen Wissenschaft und Politik

Im letzten Bericht des Weltklimarates wurde kommuniziert, dass der Klimawandel mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent menschengemacht ist. Das IPCC betreibt keine aktive Forschung zum Klimawandel, vielmehr ist es seine Aufgabe, Daten und Forschungsergebnisse weltumfassend zu sammeln, um so für ein globales Phänomen international greifende Lösungen auf politischer

Ebene zu ermöglichen. Die vom Weltklimarat angestellten Wissenschaftler – nicht Forscher – bewegen sich also auf einem schmalen Grat zwischen Wissenschaft und Politik. Schär stellt an Stocker die Erwartungshaltung eines neutralen Wissenschaftlers und übersieht dabei, dass eine ausgeglichene Pro-/Contra-Erörterung nicht Gegenstand politischer Beratungen ist. Vielmehr wird das (gemäss Popper) gegenwärtig plausibelste Ergebnis Poli-

Der Klimawandel ist im Südpazifik nicht Theorie oder Populismus.

kern vorgestellt, um auf dieser Grundlage Handlungsmöglichkeiten auf politischem Boden zu diskutieren.

Schär würde sich über ein Gespräch mit Stocker zum Thema Wissenschaft und Politik freuen. Junge Insulanerinnen und Insulaner der University of the South Pacific (USP) würden sich freuen, Schär auf Fidschi zu begrüßen, wo I-Kiribati, Tuvalu und Angehörige anderer

kleiner Inselstaaten an der regionalen Universität über Theorien zum Klimawandel unterrichtet werden. Schär würde wohl auch hier die Konsenswissenschaft anprangern, jedoch bald bemerken, dass diese Kritik aus lokaler Sicht von zweitrangiger Bedeutung ist.

Bittere Realität

Der Klimawandel ist im Südpazifik nicht Theorie oder pazifisch-ozeanischer Populismus, sondern bittere Realität. Ein Beispiel: Der Pazifische Ozean macht den Inselstaat Kiribati zunehmend zu Meeressboden. Die Lebensgrundlage der Einwohner wird jedoch bereits davor erheblich dezimiert. Der steigende Salzgehalt im Boden erschwert die nachhaltige Wasserversorgung und den Anbau traditioneller Nahrungspflanzen. Als eine vieler Anpassungsstrategien hat Kiribatis Präsident Anote Tong dem südlich gelegenen Fidschi 20 Quadratkilometer Land abgekauft. Wozu der Boden genutzt werden soll, ist noch nicht definitiv entschieden. Am wahrscheinlichsten ist, dass auf dem fidschianischen Land Nahrungspflanzen angebaut und nach Kiribati gebracht werden, um der dortigen Nahrungsmittelknappheit entgegen-

zuwirken. Ebenso wird das Grundstück als potenziell neue Heimat der I-Kiribati betrachtet.

Viele junge I-Kiribati leben bereits temporär in Fidschis Hauptstadt Suva. In zunehmender Anzahl studieren sie am Hauptcampus der University of the South Pacific, um sich für die Zukunft zu rüsten. Um dies zu ermöglichen, steht der Klimawandel zuoberst auf der Agenda der Universität des Südpazifiks, welche ihre Studiengänge auf die Bedürfnisse der Region abstimmt. Es sind dies nicht Bedürfnisse nach theoretischen Debatten, sondern praktisches Wissen, welches hilft, dringende Lösungen in der realen Welt des Klimawandels zu finden.



Kim Andreas Kessler
Lehrassistent für Geographie an der University of the South Pacific (USP) in Suva, Fidschi